

## **Beschluss des Landrats vom 16.11.2023**

Nr. 228

### **21. Unabhängige psychologische Beratung für Angestellte des Kantons** 2023/336; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ist jemand gegen eine Überweisung?

**Andreas Dürr** (FDP) hält fest, Fürsorge für die Arbeitnehmenden sei zweifellos etwas Gutes. Aber beim vorliegenden Thema geht es bereits um die Vorstufe von «von der Wiege bis zur Bahre ist die SP-Sorge das einzig Wahre». Es kann nicht sein, dass der Staatsangestellte die besondere Fürsorge einer externen psychologischen Beratung braucht, weil der Arbeitgeber – der sehr soziale Kanton Basel-Landschaft – trotz Sensibilisierung und trotz Unterstützung anscheinend nicht in der Lage ist, auf seine ach so geplagten Arbeitnehmer zu schauen – Andreas Dürr liest hier interessante Dinge von sich verändernden Arbeitsaufgaben oder Umstrukturierungen (Jesses Gott, da kann auch er selber nicht mehr schlafen). Mit einer externen Beratung würde die Staatsfürsorge eindeutig einen Schritt zu weit gehen. Der Kanton Basel-Landschaft schaut auf seine Angestellten, wie das gute Arbeitgeber in der Privatwirtschaft auch machen. Es gibt ein Sensibilisierungsangebot, es gibt Vertrauenspersonen. Mancher private Arbeitgeber, manches KMU ist nicht in der Lage, eine solche Rundumversorgung schon intern zu bieten, wie dies der Kanton für seine Staatsangestellten macht. Es ist eindeutig zu viel, nun zu sagen, das Interne sei zu wenig und es brauche noch einen externen psychologischen Dienst, den der Staat selbstverständlich bezahlt, damit die Angestellten unbehelligt und unbelastet von allfälligen Repressionen ihren Psychologen aufsuchen können. Im Interesse des Staatshaushaltes und im Interesse der Kantonsangestellten – diese brauchen keine Extrawurst oder Überbehütung – bittet er um Ablehnung des Vorstosses. Der Regierungsrat nimmt den Vorstoss zwar entgegen, aber vielleicht möchte er nur die Gelegenheit nutzen, zu berichten, was er schon alles Gutes für seine Staatsangestellten tut. Diesen Bericht kann man sich sparen, weil dies schon bekannt ist.

**Indre Steinemann** (SVP) bestätigt, dass sich die Arbeitswelt verändert habe und dies Stress auslöse. Die ganze Gesellschaft ist aber davon betroffen und nicht nur die Kantonsangestellten. Der Kanton kümmert sich bereits um seine Angestellten und auch bei den Krankenkassen laufen mehrere Projekte. Zudem beschäftigt sich der Bund mit der Prävention und es gibt Bestrebungen, den Unterstützungsbedarf frühzeitig zu erkennen und Hilfe anzubieten. Aus Sicht der SVP ist eine separate Lösung nicht zielführend. Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung ab.

Postulantin **Miriam Locher** (SP) freut sich sehr, dass Andreas Dürr reimen kann. Wenn er schnell ist, reicht es vielleicht noch für die Fasnacht. Die Meldefrist für Schnitzelbänke ist noch offen und möglicherweise findet sich Unterstützung. In Basel-Stadt haben sich einige Parlamentsmitglieder zusammengeschlossen. Vielleicht besteht diese Möglichkeit ebenfalls für die Landfasnacht. Zurück zum Ernstem: Es wird etwas verkannt, dass solche Angebote in vielen Bereichen der Privatwirtschaft gang und gäbe sind. Die Vorteile von extern gegenüber intern liegen zudem auf der Hand. Bei psychischen Problemen wird eher offen mit einer externen Person gesprochen als mit einer internen Person. Dazu braucht es eigentlich gar keine weiteren Erklärungen. Die psychische Gesundheit der Arbeitnehmenden war bereits in der letzten Legislatur im Rahmen des Postulats 2023/170 Thema. Damals war das Feedback der SVP, dass die Beratung unbedingt unabhängig und extern sein sollte. Die Erkenntnis, dass im Bereich der psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden Handlungsbedarf besteht, ist vorhanden. Jedoch ist weder die Movis AG noch die daraus

resultierende Schulung von Vorgesetzten als unabhängige Beratung zu betrachten. Miriam Locher hofft natürlich weiterhin, dass die modifizierte Variante des damaligen Postulats die vor dem Legislaturwechsel quasi versprochene Unterstützung findet.

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion begrüsse die Sensibilisierung im Umgang mit Absenzen. Die zunehmend steigende Tendenz bei den Krankheitsfällen, insbesondere bei psychischen Problemen und Belastungen, muss ernstgenommen werden. Letztlich hat sie von einer Firma gehört mit Krankheitstagen von 10 %. Das ist enorm und verursacht hohe Kosten. Erika Eichenberger versteht entsprechend nicht, weshalb das Thema von bürgerlicher Seite derart kleingeredet wird. Die Grüne/EVP-Fraktion erachtet die Möglichkeit einer unabhängigen Beratung für die Mitarbeitenden als wichtig, folgt der Argumentation von Miriam Locher und unterstützt das Postulat.

**Tim Hagmann** (GLP) sagt, die GLP-Fraktion unterstütze das Postulat auch und sei etwas erstaunt. Jeder grössere Arbeitgeber macht genau das. Der Kanton ist ein grosser Arbeitgeber. Es handelt sich um eine kostengünstige Massnahme – dies der Grund, weshalb die grösseren Arbeitgeber eine solche Beratung anbieten. Jeder Tag an Abwesenheit kostet. Je früher eingegriffen werden kann, desto günstiger kommt es am Ende des Tages. Die Beratung ist sinnvoll.

**Andreas Dürr** (FDP) betont, es sei nicht so, dass die FDP-Fraktion den psychischen Druck nicht anerkennen würde. Diesen gibt es überall und Andreas Dürr würde behaupten, dass er in der Privatwirtschaft eher noch ausgeprägter ist. Wenn Tim Hagmann sagt, jeder grössere Arbeitgeber mache das, dann muss er dazu sagen, dass diese Arbeitgeber das Angebot mit ihrem Geld finanzieren und viele KMU sich dies nicht leisten können. Der Kanton muss sich nicht primär mit den grösseren Arbeitgebern vergleichen. Probleme sollen zuerst innerhalb des Kantons gelöst werden. Der Kanton Basel-Landschaft macht bereits vieles: Die Führungskräfte werden sensibilisiert, es gibt Vertrauenspersonen und es wurde offenbar eine externe Beratung beigezogen, die aber offensichtlich zu wenig ist. Der Kanton ist ein guter Arbeitgeber. Ein institutionalisierter externer psychologischer Dienst verursacht Kosten und es sind einfach wieder ein paar Psychologen beschäftigt, die ohnehin schon eine gute Auslastung haben. Im Gegensatz zu anderen Arbeitgebern, die ein solches Angebot mit ihrem eigenen Geld finanzieren, würde der Kanton fremdes Geld – nämlich Steuergeld – ausgeben. Andreas Dürr wehrt sich gegen die Unterstellung, dass die FDP nicht zu den Arbeitnehmenden des Kantons schaut.

**Marc Schinzel** (FDP) kann nahtlos anschliessen. Ihm erschliesst sich die Logik des Vorstosses nicht. Der Kanton ist ein grosser Arbeitgeber und die Leute, die auf solche Probleme sensibilisiert sind, Ansprechpersonen und Vertrauenspersonen sind im Betrieb bereits vorhanden. Im Postulat wird ausgeführt: «So kann eine Inanspruchnahme solcher Angebote Auswirkungen auf die Karrierechancen haben, falls Vorgesetzte von möglichen Problemen erfahren.» Wird mit dieser Haltung beim Kanton gearbeitet, dann ist es mit dem Vertrauen in den Betrieb nicht weit her. Die ausgebildeten Leute sind da. In den Schulen sind Leute angestellt, die tagtäglich mit den Schülerinnen und Schülern im Betrieb die Probleme lösen. Es ist irgendwie etwas paradox, dass ausgerechnet seitens SP zusätzlich zu den eigenen Leuten in der Verwaltung, die scheinbar nicht ausreichen und zu wenig gut sind, noch Externe aus der Privatwirtschaft gefordert werden. Es handelt sich um eine Arbeitsbeschaffungsmassnahme für die Psychologen. Dies ist überflüssig. Den gut ausgebildeten, eigenen Leuten in diesem Bereich soll vertraut werden.

**Manuel Ballmer** (GLP) ist sehr erstaunt über die Argumentationskette der FDP, weshalb sich grosse Arbeitgeber nicht mit anderen grossen vergleichen sollten. Normalerweise finden Vergleiche in der Peergroup statt. Weshalb ein kleines KMU nicht das gleiche Angebot haben kann, liegt

auf der Hand. Dort sind die Vorgesetzten noch näher bei den Angestellten, weshalb die Abläufe ganz anders sind. Es sollte ebenfalls auf der Hand liegen, weshalb die Beratung nicht der Kollege nebendran machen sollte. Zum Votum von Tim Hagmann: Es ist eindeutig günstiger, diesen Service extern einzukaufen als inhouse zu machen. Normalerweise wird dann ein Fixpreis bezahlt und pro Fall findet eine spezifische Vergütung statt. So hoch werden die Kosten nicht sein.

**Gzim Hasanaj** (Grüne) verweist auf die Diskussion vom Vormittag, als es um die Löhne der Verwaltungsräte des Kantonsspitals ging. Von der rechten Ratsseite war da kein Ton zu vernehmen. Abschätzige Äusserungen wie «von der Wiege bis zur Bahre» oder über Leute, die Berufe ausüben, die im Verdacht stehen, politisch links zu sein, oder über Psychologen sind kaum auszuhalten und tun niemandem gut. Kann die rechte Ratsseite auch so kritisch sein, wenn es um Berufe geht, die von ihrer Seite ausgeübt werden? Gerade heute gibt es in der Basler Zeitung einen Artikel über die Geschäfte, die Banker mit Putin-Freunden machen.

**Jacqueline Bader** (FDP) hat erst kürzlich an einer Sitzung der Personalkommission gehört, was der Kanton alles für die Angestellten macht. Es ist schade und bedenklich, dass dies offensichtlich nicht in die Fraktionen weitergetragen wurde.

Arbeit macht normalerweise nicht unbedingt psychische Probleme, sondern das Umfeld. Wenn beispielsweise kein Respekt gegenüber den Mitarbeitenden vorhanden ist, dann ist dies kein Arbeitsproblem, sondern ein menschliches Problem. In der Personalkommission wurde aufgezeigt, dass die Führungskräfte unterstützt und weitergebildet werden sollen.

**Marc Schinzel** (FDP) sagt zu Gzim Hasanaj, dass dieser weniger zum Vorstoss gesprochen habe als zu irgendwelchen komischen FDP-Klischees. Als gäbe es Leute und Berufe von einer und von der anderen Seite und als wären alle FDP-Mitglieder Banker. Marc Schinzel ist Bundesangestellter und ein stolzer Staatsangestellter. Der Betrieb ist gut mit guten Leuten. Beim Bund gibt es Vertrauensärzte und Psychologen, die alle an die Schweigepflicht gebunden sind. Diese Pflicht gilt nämlich unabhängig davon, ob jemand selbstständig arbeitet oder beim Staat angestellt ist. Die Vorstellung, dass die Gespräche zu den Vorgesetzten durchsickern, entspricht nicht der Rechtslage. Der Kanton ist ein guter Arbeitgeber und hat gute Leute, die dies leisten können. Auch im Bereich des Whistleblowing nehmen Personen, die beim Staat selber angestellt sind, die Meldungen entgegen. Dort ist das Vertrauen ebenfalls vorhanden. Marc Schinzel hat das Vertrauen in den Staat und weiss, dass der Staat gute Ärzte und Psychologen hat. Aus diesem Grund ist das Anliegen des Postulats unnötig.

**Andrea Heger** (EVP) kann verstehen, dass einige denken, die Movis AG mache doch schon etwas, weshalb es nicht mehr brauche. Sie hat bislang in anderen Organisationen gute Erfahrungen mit Movis gemacht und deren Arbeit als neutral empfunden, entsprechend wäre es interessant anzuschauen, was als unabhängig verstanden wird und was nicht. Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen. Das heisst, sie hat etwas dazu sagen. Der Landrat soll doch zuhören.

An die Präsidentin der Personalkommission Jacqueline Bader: Andrea Heger ist der Ansicht, dass nicht alles in der Kommission Gehörte direkt in die Fraktionen gebracht werden muss. Es schadet auch nicht, wenn im Plenum über gewisse Dinge nochmals diskutiert wird, worüber die Kommission schon informiert wurde.

**Markus Graf** (SVP) hat eine Frage an die Postulantin: Könnten die Landräte den Dienst auch beanspruchen? Nach Debatten wie an der heutigen Sitzung haben die Landratsmitglieder bald auch eine solche Betreuung nötig.

**Linard Candreia** (SP) stellt fest, das Thema sei zu ernst, als dass man es ins Lächerliche ziehen könne. Manchmal geht es auf der Traktandenliste schneller oder langsamer vorwärts. Jetzt ist die Sitzung dort, wo einige ziemlich umfänglich ihre Ideologien ausbreiten möchten. Das Thema ist zu ernst, als dass man es ideologisch oder emotional abhandeln könnte. Es geht nicht um viel oder wenig Staat, sondern um einen sehr sensiblen Bereich. Das Postulat ist sehr sachlich. Es soll mit der Überweisung ein gutes Zeichen gesetzt werden. Der Regierungsrat ist schliesslich bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen.

**Christine Frey** (FDP) findet das Thema in der Tat interessant und schwierig. Für sie stellt sich die Frage, ob der Mensch grundsätzlich schwach sei und Unterstützung durch den Staat brauche. Oder ist der Mensch stark und kann Herausforderungen selbstständig meistern? In den vergangenen Jahren gab es schwierige Zeiten. Die Vergangenheit hat aber immer wieder bewiesen, dass der Mensch aus allen Krisen gestärkt hervorgeht. Für Christine Frey ist es eine Frage der Eigenverantwortung. Die Vorsorge oder Sorge um die psychische Gesundheit gehört in die Eigenverantwortung, genau wie die Zahnprophylaxe oder die Darmvorsorge.

**Ronja Jansen** (SP) würde es erstens begrüessen, wenn psychische Erkrankungen genauso ernst genommen würden wie physische Erkrankungen. Das heisst auch, dass man sich nicht darüber lustig macht und es nicht als Zeichen der Schwäche wahrnimmt, wenn jemand Unterstützung braucht. Geht jemand mit einem gebrochenen Bein zum Arzt, sagt auch niemand, die Person sei schwach, weil sie nicht einfach selber wartet und hofft, dass das Bein wieder richtig zusammenwächst. Zweitens wird in der Stellungnahme des Regierungsrats zum Postulat 2023/170 ersichtlich, dass der Handlungsbedarf erkannt wurde und ein Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote eine Win-Win-Situation darstellen könnte. Drittens geht es an dieser Stelle nicht darum, ob die Movis AG genug neutral ist oder einen guten Job macht. Es geht um die Wahrnehmung der betroffenen Personen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Diesen Personen soll zu 100 % die Sicherheit gegeben werden, dass die angesprochenen Probleme wirklich vertraulich behandelt werden. So wie es Andrea Heger schon gesagt: Der Regierungsrat soll sagen können, was er zu sagen hat, und das Anliegen prüfen können.

**Marco Agostini** (Grüne) ist über das Gehörte ziemlich enttäuscht. Er hat persönlich, in seiner Familie, im Freundeskreis und im Berufsleben schon viel erlebt; auch mehrere Selbstmorde. An der Aussage, dass der Mensch immer gestärkt aus Krisen herauskommt, merkt man, dass jemand keine Ahnung von der Sache hat. Viele Menschen kommen gebrochen heraus oder sind tot und haben ganze Familien kaputtgemacht. Wenn man nicht viel weiss von etwas, dann sollte man bei den Fakten bleiben.

Es ist ein Postulat und es geht darum zu prüfen, ob es ein solches Angebot braucht. Marco Agostini kann selber nicht beurteilen, ob die Psychologen des Kantons gut sind oder schlecht. Der Regierungsrat möchte dies aber prüfen. Kommt er zum Schluss, dass alles gut ist, dann wird es keine zusätzlichen Angebote brauchen und auch keine höheren Kosten verursachen.

**Sabine Bucher** (GLP) weiss nicht, ob Christine Frey etwas falsch verstanden habe oder sie selber. Im Vorstoss geht es um den Kanton als Arbeitgeber. Es geht nicht darum, dass der Staat irgendeine neue Aufgabe übernimmt, sondern dass der Kanton als Arbeitgeber seine Verantwortung wahrnimmt. Und das sollte er machen.

://: Mit 40:38 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

---